

Auch die Juni-Plenarsitzung war geprägt von Putins menschenverachtendem und völkerrechtswidrigem Angriffskrieg auf die Ukraine. Unsere Solidarität gilt all jenen, die unter diesem fürchterlichen Angriffskrieg leiden.

Auch wir erleben schon jetzt Auswirkungen des Krieges: Insbesondere die Lebensmittelund Energiepreise belasten die Menschen massiv. In unserer Aktuellen Stunde mit dem Titel "Die Krise verschärft sich, Gas wird knapp, Energie- und Lebensmittelpreise steigen – Bund, Land und Kommunen müssen klug zusammenwirken!" gehen wir deshalb auf das Thema ein. Als SPD sagen wir ganz



deutlich: Die Entlastungspakete des Bundes bedürfen noch schnellerer und weitgehenderer In-

strumente, um Sicherheit in dieser schweren Zeit zu geben. So muss die Energiepreispauschale ausgeweitet werden auf die Rentnerinnen und Rentner. Gleichzeitig muss bei Wahrung des Abstandsgebots die Grundsicherung erhöht werden.

Mit der Verabschiedung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes entsteht bundesweit das modernste Krankenhausgesetz, das

die Weichen für eine landesweit gleichwertige Versorgungsqualität, auskömmliche Personalausstattung und effiziente Nutzung von Ressourcen



stellt. Gleichzeitig werden die Vorschläge der niedersächsischen Enquetekommission zur Sicherheit der ambulanten und stationären Versorgung in Niedersachsen umgesetzt.

Weiterhin wurde das Niedersächsische Klimagesetz verabschiedet. In enger Abstimmung mit Umweltminister Olaf Lies haben wir eine sehr gute Lösung gefunden, unser Land bis 2045 klimaneutral umzustellen.

Abschließend beraten wurde auch eine Änderung des Glücksspielstaatsvertrages 2021. Hierzu durfte ich für die SPD-Fraktion sprechen. Nach der Schaffung der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder soll nun die Spielersperrdatei aufgebaut werden. Dieses anbieter- und spielformübergreifende System, an dem sich alle Bundesländer beteiligen, ist





DENIZ DIREKT

ein wichtiges und richtiges Instrument, spielsüchtige Menschen und deren Angehörige zu schützen.

Verabschiedet wurde die Änderung des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes und der Niedersächsischen Landeswahlordnung. Hiermit erfolgte die Anpassung der Regelungen zur Wahl des Niedersächsischen Landtages bzgl. der Briefwahl an bundesrechtliche Regelungen. Auch zu diesem Punkt durfte ich als Berichterstatter sprechen.

Die 3. Juniwoche stand ganz im Zeichen der Sicherheit. 25 Termine in fünf Tagen absol-



vierten die Mitglieder der Niedersächsischen SPD-Fraktion des Innenauschusses. lm Rahmen der sogenannten

Blaulichtwoche wurden Institutionen und Organisationen besucht, die für die Sicherheit in Niedersachsen Verantwortung tragen: Landeskriminalamt, Polizeiakademie, Polizeiinspektionen, haupt- und ehrenamtliche Feuerwehren und feuerwehrtechnische Zentralen.

Vom 20. bis 25. Juni 2022 fand auf dem Mes-

segelände Hanno-INTERdie **SCHUTZ** statt, die der Joh Weltleitmesse für Feuerwehr, Rettungswesen, Bevölkerungsschutz und Sicherheit. Bei dieser Messe geht



es um den Einsatz innovativer digitaler Lö-

sungen, aber auch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure und Institutionen. Hier traf ich den Leiter der Delmenhorster Berufsfeuerwehr Holger Klein-Dietz sowie den Ortsbeauftragten der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. des Ortsvereins Delmenhorst Marcel Colter, die sich beide ebenfalls informierten. Als besonders starkes politisches Signal ist die "Hannoveraner Erklärung" zu werten, die von 15 Bundesländern sowie der Fraktion im Deutschen Bundestag gemeinsam mit Innenminister Boris Pistorius abgegeben wurde. Fünf Kernforderungen werden hierin erhoben, vom Ausbau der nationalen Fähigkeiten zur Bekämpfung von Klimafolgen, einer verbesserten Infrastruktur, der besseren Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Berufs- und Familienleben über den Schutz der Einsatzkräfte vor Gewalt bis hin zur Harmonisierung der Feuerwehrzulagen.

4,2 Millionen Euro aus dem Programm "Resiliente Innenstädte" für Delmenhorst, die als eine von 15 niedersächsischen Kommunen

Europäischen Fonds für regiona-**Entwicklung** le (EFRE) bedacht wurde. Das freut besonders, mich da ich im letzten Jahr beim Niedersächsischen Ministerium für Bundesund Europaangele-



genheiten und Regionale Entwicklung bewirken konnte, dass Delmenhorst in die Förderkulisse aufgenommen wird, indem der Kreis der antragberechtigten Kommunen erweitert wurde.



